

Studieren in Zeiten des Umbruchs

Akademisches Leben an südwestdeutschen Universitäten zu Beginn der Weimarer Republik*

Marco Birn

Einleitung

Im 19. Jahrhundert erreichten die deutschen Universitäten bzw. die hierin betriebenen Wissenschaften die führende Stellung in der Welt. Grundlage hierfür waren die um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert durchgeführten Reformen, die aus den nach mittelalterlichen Verfassungen geprägten scholastischen Hochschulen fortschrittliche Universitäten formten, die eine neue Bildungsphilosophie und ein moderneres Verständnis von Wissenschaft aufwiesen. Eine strenge Auslese im Sinne meritokratischer Prinzipien führte die Schüler durch zunehmend formalisierte Bildungslaufbahnen an die Universitäten und von diesen wiederum in typische Karriereverläufe. So erlangten die deutschen Universitäten im Kaiserreich den Höhepunkt ihres Ruhms. Mit Stolz verzeichnete man die Weltgeltung der deutschen Wissenschaft und registrierte die internationale Bedeutung und Vorbildfunktion für andere Staaten. Von studentischer Seite betrachtet, waren die Universitäten vor allem Ausbildungsinstitutionen für das höhere Beamtentum und staatsnahe freie Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Apotheker. Der Grundstein für die Verstaatlichung der gelehrten Stände war noch im Heiligen Römischen Reich gelegt worden und diese Verstaatlichung wurde bis ins Kaiserreich weiter normiert und institutionalisiert. Die hierbei geschaffenen Strukturen hatten bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus Bestand und unterlagen nur geringfügigen Änderungen.

Die Kriegsbegeisterung vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs machte auch vor der Professorenschaft keinen Halt. Durch Agitation und den publizistischen Kriegeinsatz dieser Hochschullehrer büßten die deutschen Universitäten deutlich an wissenschaftlichem Ansehen ein. Die weitreichende Isolation der Wissenschaft, wenn auch von Disziplin zu Disziplin unterschiedlich stark ausgeprägt, wirkte bis weit in die Weimarer Republik nach.

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs geriet die junge Republik in eine Krise. Der in weiten Teilen als Demütigung empfundene Friedensvertrag von Versailles sah Gebietsabtretungen und hohe Reparationszahlungen vor. Eine besorg-

* Folgende Abkürzungen werden verwendet: GLAK: Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generallandesarchiv Karlsruhe; HStAS: Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart; UAF: Universitätsarchiv Freiburg; UAH: Universitätsarchiv Heidelberg; UAT: Universitätsarchiv Tübingen.

niserregende materielle Situation, gepaart mit einer politischen Krise, der Kampf von rechts und links und schließlich die große Inflation prägten die Anfangsjahre der Weimarer Republik.

Der politische Umbau nach Kriegsende brachte für die drei südwestdeutschen Volluniversitäten zwar Veränderungen in den jeweiligen Verfassungen mit sich, Befürchtungen einer radikalen Erneuerung des Hochschulwesens bestätigten sich jedoch nicht¹. Auch die Sorge vieler Hochschullehrer, dass die Universitäten politisch gelenkt und Volksbildungsstätten auf Kosten der Hochschulen gefördert werden könnten, bewahrheitete sich nicht². Im Gegenteil, trotz des geringen finanziellen Spielraums in der frühen Weimarer Republik verbesserte sich durch staatliche Initiativen die Situation für Beschäftigte. So wurde in Württemberg für Assistenten eine Gehaltsordnung erlassen, Privatdozenten erhielten eine staatliche Beihilfe und Professoren konnten durch Höhergruppierung ihr Gehalt steigern³. Auch in institutioneller Hinsicht wurde der Ausbau der Wissenschaften gefördert. So ist in der Weimarer Republik eine weiter voranschreitende Ausdifferenzierung der akademischen Disziplinen, verbunden mit der Gründung neuer Lehrstühle, Institute und Kliniken, zu konstatieren. Deutschlandweit stieg die Zahl der selbstständigen Institutionen von 1 127 im Jahr 1910 auf zunächst 1 419 im Jahr 1920. 1930 waren es dann bereits 1 743 Institutionen⁴. In Freiburg können die Gründung der Hals-Nasen-Ohren-Klinik (1919) und die Angliederung der Forstwissenschaften (1920) an die Universität, in Heidelberg die Gründung der Orthopädischen Universitätsklinik (1919/20) und des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften (1924/25) als Beispiel dienen. In Tübingen entstanden zu dieser Zeit unter anderem das Urgeschichtliche Forschungsinstitut, das Orientalische und das Musikwissenschaftliche Seminar (1921–1923)⁵.

Wenn der Titel dieses Beitrags nun „Studieren in Zeiten des Umbruchs“ lautet, dann muss man feststellen: Den politischen Umbruch, von der Monarchie zur Republik, überstanden die Universitäten zunächst relativ unbehelligt. In hochschul-

¹ Siehe Dieter LANGEWIESCHE, Die Eberhard-Karls-Universität Tübingen in der Weimarer Republik. Krisenerfahrungen und Distanz zur Demokratie an deutschen Universitäten, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 51 (1992), S. 345–381, hier S. 348; Sylvia PALETSCHEK, Die permanente Erfindung einer Tradition. Die Universität Tübingen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Contubernium, Bd. 53), Stuttgart 2001, bes. Kap. IV; Mario SEILER, Die Alberto-Ludoviciana als Grenzlanduniversität. Zur allgemeinen Entwicklung in den Jahren 1919–1933, in: 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Bd. 3: Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts, hg. von Bernd MARTIN, Freiburg/München 2007, S. 206–223; Eike WOLGAST, Das zwanzigste Jahrhundert, in: Semper Apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1918–1985, Berlin [u. a.] 1985, S. 1–54, hier S. 1 f.

² Vgl. LANGEWIESCHE (wie Anm. 1), S. 349.

³ Ebd., S. 350.

⁴ Vgl. Hartmut TITZE, Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830–1945 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 1, 2), Göttingen 1995, S. 55.

⁵ Vgl. ebd., S. 182–184 (Freiburg), S. 301–303 (Heidelberg) und S. 520–522 (Tübingen).

politischer Hinsicht waren im akademischen Alltag der Studenten keine wirklichen Änderungen zu konstatieren. Am ehesten wäre hier noch die Anerkennung des Allgemeinen Studentenausschusses als Studentenparlament zu nennen. Die wohl prägendsten Konflikte nach Kriegsende waren die Überfüllung der Universitäten und die soziale Not, die 1923 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten. Im Zentrum der Spannungen direkt nach Kriegsende standen die stetig zunehmende Anzahl studierender Frauen und die zahlreichen aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden Studenten. Die Grundlage für diesen Konflikt war im vorangegangenen Weltkrieg gelegt worden.

Die Situation der Studierenden im Ersten Weltkrieg

Nachdem in Baden im Sommer 1900 als erstem Land im Kaiserreich Frauen die ordentliche Immatrikulation an den Universitäten gestattet worden war, folgten in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts allmählich auch die anderen Länder. Württemberg ermöglichte Frauen ab dem Jahr 1904 ein Studium als immatrikulierte Studentinnen. Zunächst studierte nur eine sehr überschaubare Anzahl Frauen an den süddeutschen Hochschulen. Erst als 1909 überall im Deutschen Reich das ordentliche Frauenstudium möglich wurde, ist ein stärkerer und stetiger Anstieg des Frauenanteils an den deutschen Universitäten zu verzeichnen⁶. Nachdem die Höhere Mädchenbildung institutionalisiert und die Forderungen nach standesgemäßer Arbeit im Kaiserreich zum Teil erfüllt worden waren, nahm der Frauenanteil während des Ersten Weltkriegs weiter zu. In Heidelberg stieg er von 10 % im Sommer 1914 auf fast 18 % im Sommer 1918. Der Frauenanteil in Tübingen wurde in diesem Zeitraum von 3,5 % auf 11 % mehr als verdreifacht. Nur in Freiburg sank er von 10 % auf etwa 4,7 %, was sich durch die Lage als Grenzlanduniversität an der nahen Front sowie die Angst vor Luftangriffen und Besetzung erklären lässt. Die reale Situation an den einzelnen Universitäten änderte sich aber noch viel tiefgreifender, als diese Zahlen vermuten lassen. Während um 1917 reichsweit etwa 80 % der männlichen Studenten im Felde standen – zwar immatrikuliert, aber beurlaubt –, waren es nur etwa 3 % der Studentinnen, die Kriegsdienste verrichteten⁷.

Im „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ findet keine Dienstpflicht der Frau Erwähnung, da *die im Kriege bisher so bewährte Arbeitskraft der deutschen Frau auch ohne besonderen Antrieb in reichem Maße wird bereitgestellt werden können*⁸. Das Kriegsministerium setzte also auf die Freiwilligkeit, die in der Stimmung der Kriegseuphorie auch von vielen Frauen als Ehrensache betrachtet wurde.

⁶ Die Zahlen hier und im Folgenden stammen aus den hochschulstatistischen Auswertungen bei TITZE (wie Anm. 4).

⁷ Vgl. S. HAUSMANN, Das Frauenstudium im Kriege, in: Die Frau. Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit 25 (1917/18), S. 15–24, hier S. 16.

⁸ Helene LANGE, Der Vaterländische Hilfsdienst und die Frauen, in: ebd. 24 (1916/17), S. 129f.

Da die meisten Frauen ihre Studien weiterführten, könnte zunächst vermutet werden, dass sich die Studentinnen nicht freiwillig meldeten. Die zuvor angeführten tatsächlichen Frauenanteile geben jedoch keine Auskunft darüber, wie viele Studentinnen neben dem Studium tatsächlich eine Kriegshilfstätigkeit ausübten. Viele Frauen waren an der „Heimatfront“ tätig, leisteten Dienste in Lazaretten, in Wohlfahrtsorganisationen, bei der Erntehilfe oder in der Kriegsindustrie, studierten beispielsweise den halben Tag und versuchten in der anderen Zeit, die Not des Krieges zu mildern oder anderweitig das Vaterland zu unterstützen⁹.

Das Selbstverständnis der Universität als traditionell männliche Institution wurde durch den hohen Frauenanteil infrage gestellt. Elisabeth Flitner beschreibt die Verhältnisse in der Nationalökonomie während des Krieges so: *In den Seminaren gab es nur noch wenige männliche Teilnehmer, als Gäste manchmal verwundete Soldaten*¹⁰. Margarete Sallis-Freudenthal schreibt über die Zusammensetzung der Kurse: *Es gab nur ein paar ganz junge oder ganz alte männliche Hörer, der Rest waren Frauen*¹¹. Auch Friedel Behrendt erlebte die Kriegszeit und berichtet: *Jetzt im Kriege, machten die Studentinnen den wesentlichen Teil der Hörer aus. Die männliche Jugend war an der Front. Nur Krüppel und solche, die sich irgendwie einen längeren Studienurlaub erkaufen konnten, studierten*¹².

Auch wenn die Studentinnen für die Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs von großer Bedeutung waren, sorgten die von Frauen dominierten Hochschulen für einigen Unmut an den Universitäten selbst und in der Gesellschaft. Dies rief die Kritiker des Frauenstudiums, deren Stimmen in den vergangenen Jahren leiser geworden waren, wieder auf den Plan. In der „Badischen Warte“ erschien am 18. Mai 1916 der Artikel *Konsuln, habt acht!*, der sich insbesondere auf die Situation an den badischen Universitäten bezog, aber implizit die Verhältnisse an allen deutschen Universitäten zum Gegenstand hatte: *In Heuschreckenschwärmen fallen die weiblichen „Berechtigten“ über die deutschen Universitäten her, seitdem die männlichen Berechtigten in vielen Tausenden sich aufgemacht haben, dem Vaterlande Gut und Leben zu weihen. Während draußen die Elite der deutschen Mannerschaft vor*

⁹ Zur Situation von Frauen und der Frauenbewegung während des ersten Weltkriegs siehe: Sabine HERING, Die Kriegsgewinnlerinnen. Praxis und Ideologie der deutschen Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg (Frauen in Geschichte und Gesellschaft, Bd. 16), Paffweiler 1990; sowie speziell für das Frauenstudium: Trude MAURER, Der Krieg als Chance? Frauen im Streben nach Gleichberechtigung an den deutschen Universitäten 1914–1918, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 6 (2003), S. 107–138.; Zur Situation der Universitäten im Ersten Weltkrieg siehe DIES., „...und wir gehören auch dazu“. Universität und „Volksgemeinschaft“ im Ersten Weltkrieg, 2 Bde., Göttingen 2015, bes. Bd. 2, S. 767–804.

¹⁰ Elisabeth FLITNER, Ein Frauenstudium im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Pädagogik 34 (1988), S. 153–169, hier S. 164.

¹¹ Margarete SALLIS-FREUDENTHAL, Ich habe mein Land gefunden. Autobiographischer Rückblick, Frankfurt a.M. 1977, S. 41.

¹² Friedel BEHRENDT, Eine Frau in zwei Welten. Kapitel aus meinem Leben, Berlin 1963, S. 18.

dem Feind verblutet, besetzen daheim die Weibchen die Kollegienbänke, um die gelehrten Berufsarten zu feminisieren¹³. Diese Entwicklung, so der Autor im Folgenden, weise Tendenzen der Revolution auf und sei der Grund für den Geburtenrückgang, hohe Ehescheidungsziffern und eine zunehmende Verbreitung von Geschlechts- und Geisteskrankheiten. Die Ursache dafür benennt er eindeutig: die *Modekrankheit des Frauenstudiums*¹⁴.

Es gibt zahlreiche kritische Schriften zu den spöttisch als „Kriegsgewinnlerinnen“ bezeichneten Frauen, die von der Abwesenheit der Männer profitieren konnten. Durch die kriegsbedingte Zusammensetzung der Studentenschaft sahen sich die Gegner des Frauenstudiums nun in ihren größten Befürchtungen bestätigt. Zu dieser Zeit begegnete Elisabeth Flitner in Heidelberg das einzige Mal während ihrer gesamten Studienzeit Anfeindungen, welche sie nach eigener Aussage sogar teilweise nachvollziehen konnte: *Man durfte sich nicht wundern, daß die von der Front heimkehrenden Studenten mit Neid auf die Frauen sahen, die inzwischen hatten studieren können und ihnen Stellen streitig machten*¹⁵.

Die Männer an der Front fehlten auf dem Arbeitsmarkt, so dass sich den Frauen neue berufliche Chancen eröffneten und sie die Möglichkeit erhielten, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Hierbei muss zudem betont werden, dass der Staat auf die Akademikerinnen angewiesen war. Ein Schreiben des Berliner Kriegsministeriums vom 16. April 1917 an die deutschen Universitäten verdeutlicht deren Bedeutung: *Es ist hier bekannt geworden, daß die Universitäten in mehreren Fällen auch die studierenden Frauen aufgefordert haben, sich bei den Universitätsbehörden zur vaterländischen Hilfsarbeit zu melden. [...] Solange genügend Arbeitskräfte am freien Arbeitsmarkt sind, ist es wünschenswert, die studierenden Frauen in der Fortsetzung ihrer Berufsausbildung nicht zu unterbrechen, da die Nachfrage nach gut geschulten Persönlichkeiten, die den Studiumsabschluß erreicht haben, dauernd steigt und für manche Berufe auch nach dem Kriege außerordentlich groß sein wird*¹⁶.

Auch das württembergische Arbeitsministerium wandte sich direkt an den Tübinger Studentinnenverein und ermutigte die jungen Frauen, ihre Studien weiterzuführen. Man wollte demnach nicht, dass sich die Studentinnen für den Hilfsdienst oder die Arbeit in Munitionsfabriken meldeten, *da das Württembergische Kriegsministerium von dem Gedanken ausgeht, daß die studierende Jugend im allgemeinen dem Vaterlande am besten dient, wenn sie sich mit möglichstem Eifer ihrem Berufsstudium widmet*¹⁷. Nur bei einem stark zunehmenden Bedarf weiblicher Arbeitskräfte würde man die Studentinnen explizit zur Mitarbeit auffordern.

¹³ Konsuln, habt acht!, in: Badische Warte vom 18. Mai 1916, zitiert nach einem Zeitungsausschnitt in: UAH RA 4624.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ FLITNER (wie Anm. 10), S. 167f.

¹⁶ Archives départementales du Bas-Rhin 103 AL 145, Schreiben des Kriegsministeriums vom 16. April 1917.

¹⁷ HStAS E 361 Bü 342, Schreiben des Arbeitsministeriums vom November 1917.

1917 war es somit nicht erwünscht, dass sich Studentinnen für den vaterländischen Hilfsdienst meldeten, da der Bedarf an Akademikern, unabhängig von deren Geschlecht, für die deutsche Wirtschaft von größter Bedeutung war.

Die Überfüllungskrise ab 1918

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs standen nicht nur die Kriegsheimkehrer, die nun ihr Studium weiterführen wollten, vor den Toren der Universitäten. Naturgemäß rückten auch die Jahrgänge von 1914 bis 1918 nach, welche häufig von der Schulbank an die Front gewechselt waren und sich nun neu immatrikulieren wollten.

Mit Ausbruch des Krieges waren die Studierendenzahlen zunächst deutlich eingebrochen. Am stärksten war Freiburg mit einem Rückgang von knapp 31 % betroffen. Hatte die Albert-Ludwigs-Universität im Sommer 1914 noch 3 178 Studierende gezählt, waren es im Sommersemester 1915 nur noch 2 237. In Heidelberg ging die Zahl innerhalb dieses Jahres um 20 %, in Tübingen nur um etwa 8 % zurück¹⁸. Ab nun blieb jedoch das jahreszeitlich bedingte Pulsieren der Studentenströme aus. Stattdessen war etwa ab 1916 in Heidelberg und Tübingen eine stetige Zunahme der Studierendenzahlen festzustellen. Nur in Freiburg blieben die Zahlen konstant niedrig, so dass die vor dem Krieg zahlenstärkste Universität 1916 von Heidelberg und 1917 von Tübingen überholt wurde. Zum ersten Nachkriegssemester im Frühling 1919 stiegen die Studierendenzahlen sprunghaft an und erreichten in allen Fällen einen deutlich höheren Wert als vor Kriegsausbruch. Im Vergleich zum Sommer 1914 musste man in Freiburg 11 % mehr Studierende, in Heidelberg 28 % mehr und in Tübingen sogar 54 % mehr aufnehmen.

Um den vielen Kriegsheimkehrern, die wertvolle Studienzeit für das Vaterland geopfert hatten, einen Ausgleich zu bieten und die Überfüllung etwas zu entschärfen, wurde im Frühjahr 1919 reichsweit ein Kriegsnotsemester eingerichtet. Im Amtsblatt des württembergischen Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens heißt es: *An der Universität Tübingen wird zur Förderung des Studiums der Kriegsteilnehmer zwischen das laufende Wintersemester und das Sommersemester 1919 ein ausschließlich für diese bestimmtes Zwischensemester eingeschoben*¹⁹. Das badische Kultusministerium definierte im Erlass vom 15. Dezember 1918, wer Anspruch auf das Zwischensemester hatte: *Kriegsteilnehmer im Sinne vorstehender Bestimmungen ist jeder, der wenigstens ein halbes Jahr Kriegsdienst geleistet hat. Kriegsdienst ist der Dienst beim Heere, bei der Marine und bei den Schutztruppen vom Tage der Mobilmachung bis zur Entlassung, ferner der Dienst bei der freiwilligen Krankenpflege, sofern er aufgrund einer auch für den Etappendienst über-*

¹⁸ Die Zahlen hier und im Folgenden stammen aus den hochschulstatistischen Auswertungen von TITZE (wie Anm. 4).

¹⁹ Amtsblatt des württembergischen Ministeriums für Kirchen- und Schulwesen 1918, S. 130.

*nommenen Verpflichtung geleistet ist, und endlich der vaterländische Hilfsdienst [...]. Weiblichen Studierenden, die während des Kriegs in der Kriegskrankenpflege tätig waren oder in Munitionsfabriken gearbeitet haben, kann diese Zeit im Kriegsdienst gleichgesetzt werden*²⁰.

Oberstes Ziel des Kriegsnotsemesters war die Kompensation eines zeitlichen Verlustes. In keinem Fall sollte jemand einen zeitlichen Vorteil erhalten. Weibliche Studierende betraf dies im Rahmen des Hilfsdienstes, der Arbeit in Munitionsfabriken und des Lazarettendienstes unter der Voraussetzung, dass hierdurch mindestens ein ganzes Semester verpasst wurde²¹. Da es wie zuvor erwähnt nicht gewünscht war, dass Frauen ihr Studium unterbrachen, um ausschließlich Hilfsdienste zu leisten, waren bei strenger Auslegung der Bestimmungen nur wenige Studentinnen berechtigt, an diesem Zwischensemester teilzunehmen²². So waren die Frauen mit Anteilen von 5 % in Freiburg, 4,5 % in Heidelberg und nur 0,7 % in Tübingen deutlich unterrepräsentiert. In Heidelberg wurden die Bestimmungen des Ministeriums so umgesetzt, dass an den zusätzlichen Kursen jene Studierende teilnehmen sollten, *die mindestens sechs Monate Kriegsteilnehmer (im weiteren Sinne) gewesen sind*²³.

Trotz der großen Verdienste der Frauen im Ersten Weltkrieg war die Gesellschaft noch sehr von der Vorstellung polarer Geschlechterrollen geprägt. Diese Polarität führte nun, in einer Zeit, in der die Studierendenzahlen gesenkt werden sollten, dazu, dass die Kategorie „Geschlecht“ als einfaches und offensichtliches Unterscheidungsmerkmal herangezogen wurde. Bei einer Konferenz der deutschen Hochschulrektoren im September 1918 wurde *die starke Zunahme des Andrangs von Frauen zum Studium [...] in allen Staaten mit Sorge betrachtet*, weshalb die Mitglieder beschlossen, *daß Kriegsteilnehmer durch die studierenden Frauen nicht benachteiligt werden dürfen, eher vor ihnen begünstigt werden müssen*²⁴.

An die Universität Heidelberg, die seit Einführung des Frauenstudiums einen weit überdurchschnittlichen Frauenanteil aufwies, erging am 6. Dezember 1918 ein Schreiben des Ministeriums des Kultus und Unterrichts. Darin versuchte man den Beschluss der Hochschulrektorenkonferenz umzusetzen: *Wir wollen uns vielmehr in dem gegebenen Zeitpunkte nur mit der Frage befassen, ob Maßnahmen erforderlich sind, um zu verhindern, daß Heidelberg im Verhältnis zu anderen Universitä-*

²⁰ GLAK 235/4876, Schreiben des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 15. Dezember 1918.

²¹ UAF B1 Nr. 4370, Schreiben des Ministeriums an das akademische Direktorium der Universität Freiburg vom 30. Dezember 1918.

²² Zur Situation der Studentinnen in der Weimarer Republik siehe Gitta BENKER/Senta STÖRMER, Grenzüberschreitungen. Studentinnen in der Weimarer Republik, Pfaffenweiler 1991; Dorothee WIERLING, Studentinnen in der Weimarer Republik, in: Bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. Historische Einblicke, Fragen, Perspektiven, hg. von Lutz NIETHAMMER, Frankfurt a. M. 1990, S. 364–382.

²³ UAH H-IV-102/144, Das Akademische Direktorium an die Fakultäten, 22. Januar 1919.

²⁴ GLAK 235/4876, Protokoll der Hochschulrektorenkonferenz im September 1918.

ten einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz studierender Frauen unter den Studierenden aufweist. Diese Frage ist eine brennende; denn es ist jetzt die erste Aufgabe unserer Hochschulen, den aus dem Felde zurückkehrenden Studierenden Aufnahme zu gewähren und sie nach Kräften zu fördern; die Erfüllung dieser Aufgabe aber wird der Universität Heidelberg aus Gründen des Platzmangels in den Hörsälen und Instituten und im Hinblick auf den Mangel an Wohnungen außerordentlich erschwert, oder unmöglich gemacht, wenn die Zahl der weiblichen Studierenden in Heidelberg sich auf der bisherigen Höhe hält oder gar weiter anwächst. Wir sehen uns veranlaßt anzuordnen, daß an der Universität Heidelberg in den nächsten Semestern – im Sommersemester 1919 und im Wintersemester 1919/20 – neu sich meldende Frauen als Studierende oder als Hörer nur mit unserer im Einzelfalle einzuholenden Ermächtigung aufgenommen werden dürfen. Wir werden die Ermächtigung nur erteilen, wenn besondere Gründe sie rechtfertigen²⁵.

Die Mannheimer Abteilung des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium bat am 30. Dezember, diesen Beschluss aufzuheben. Zwar sahen die Unterzeichnerinnen ein, dass Kriegsteilnehmer bevorzugt werden müssten, aber nicht, dass auch Männern, die keinen Kriegsdienst geleistet hatten, Vorzüge zuteil wurden: *In einer Zeit, die den Frauen politische Gleichberechtigung verliehen, die eine so ungeheure Ausdehnung der Frauenarbeit gesehen hat, durch welche allein das deutsche Wirtschaftsleben im Krieg bestehen konnte, in einer Zeit, die vielen hunderttausenden von Frauen die Ehemöglichkeit nimmt und sie zum Ergreifen eines Berufes zwingt, können die Universitäten nicht berechtigt erscheinen, willkürlich einen Unterschied zwischen Männern und Frauen zu machen²⁶.*

Eine ähnliche Beschwerde reichte die Heidelberger Studentinnenschaft im Januar 1919 ein. Darin bemängelten die Studentinnen, *daß Frauen und Kriegsteilnehmer einander gegenübergestellt werden, obwohl unter den männlichen Studierenden Nichtkriegsteilnehmer sind, als auch Studentinnen Kriegsdienst geleistet haben²⁷.* In der Folge verlangten sie eine grundsätzliche Gleichbehandlung: *Der Erlass widerspricht den Grundsätzen der neuen Regierung, die den Frauen die volle Gleichberechtigung zugesprochen hat. Nach diesen Grundsätzen müßte den Frauen die gleiche Behandlung zustehen wie den Männern, die nicht zum Militärdienst eingezogen gewesen sind²⁸.* Sowohl die Vertreterinnen der Frauenbewegung als auch die Studentinnen verwiesen auf die politische Gleichberechtigung, die im folgenden Jahr mit der Verabschiedung der neuen Verfassung rechtskräftig werden sollte²⁹.

²⁵ UAH H-IV, 102/144, Ministerium des Kultus und Unterrichts an den engeren Senat der Universität Heidelberg, 6. Dezember 1918.

²⁶ GLAK 235/4876, Beschwerde des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium vom 30. Dezember 1918.

²⁷ Ebd., Beschwerde der Heidelberger Studentinnenvereine vom 9. Januar 1919.

²⁸ Ebd.

²⁹ Artikel 109 der Weimarer Reichsverfassung von 1919: *Alle Deutschen sind vor dem Ge-*

Das bedeutendste Element zur Realisierung politischer Gleichberechtigung in der Weimarer Republik war das Wahlrecht. Darüber hinaus öffneten sich aber auch mehr und mehr Berufsfelder für Frauen. Das Lehrerinnenzölibat wurde mit der Weimarer Reichsverfassung zunächst abgeschafft. Frauen konnten sich nun habilitieren und mit dem Reichsgesetz über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen der Rechtspflege im Jahr 1922 hatten Jurastudentinnen zumindest auf dem Papier gleiche Perspektiven wie Männer. Dennoch ist in dieser Anfangsphase der Weimarer Republik eine deutliche Diskriminierung der Studentinnen feststellbar.

In Württemberg beschloss die Universität Tübingen im Februar 1919 eine Zulassungsbeschränkung für die Neuimmatrikulation von Frauen. Demnach sollten nur als ordentliche Studentinnen zugelassen werden:

1. Kriegsteilnehmerinnen,
1. Württembergerinnen,
2. Studentinnen aus den vom Feind besetzten Gebieten,
3. Studentinnen, die bereits in Tübingen immatrikuliert waren,
4. Ausnahmefälle mit ministerieller Genehmigung³⁰.

Diese nur für Frauen geltenden Einschränkungen wurden aber nach zwei Semestern wieder aufgehoben.

Die Frage, wer aufgrund seiner Dienste für das Vaterland zu bevorzugen sei, war außerordentlich schwierig zu beantworten. Die Unterscheidung nach Geschlecht war hingegen ein zielführendes Mittel und die getroffenen Maßnahmen zeigten Wirkung. In Heidelberg fiel der Frauenanteil von 18 % im Sommersemester 1918 auf 6 % im Sommersemester 1920. In Tübingen sanken die Zahlen zeitgleich von 11 % auf 6 %. In Freiburg hingegen gab es keine Einschränkungen bei der Zulassung von Frauen zum Studium. So stieg der Frauenanteil im gleichen Zeitraum von etwa 4,5 % auf 13 %. Die Universität hatte aufgrund ihrer Frontnähe während des Krieges deutlich an Studenten verloren. Ihr Selbstverständnis als Grenzlanduniversität und Vorposten deutscher Kultur führte in der Weimarer Republik zu einem regelrechten Werben um Studenten. Dies im Zusammenhang mit dem weit unterdurchschnittlichen Frauenanteil während des Krieges ließ 1918/19 wohl strengere Restriktionen gegen die Immatrikulation von Frauen ausbleiben³¹.

Dass aber andernorts die Zurückdrängung des Frauenanteils als Erfolg verbucht wurde, zeigt der Rechenschaftsbericht des Tübinger Rektors Carl Sartorius 1920/21: *Zum ersten Mal ist auch wieder der Anteil der Frauen – ich darf wohl,*

setze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

³⁰ UAT 47/39, Sitzungsprotokoll des Großen Senats vom 27. Februar 1919.

³¹ Zur Situation der Grenzlanduniversität zu Beginn der Weimarer Republik vgl. SEILER (wie Anm. 1), bes. S. 209–211.

*ohne die schuldige Höflichkeit zu verletzen, sagen, „glücklicherweise“ – stärker zurückgegangen*³².

Im folgenden Jahr verkündete sein Nachfolger Adalbert Wahl dann erstmals nach Kriegsende einen Anstieg der Zahlen weiblicher Studierender. Allerdings könne man sich über diese Entwicklung freuen, so Wahl, zumal Tübingen noch immer verhältnismäßig wenige weibliche Studentinnen aufweise und noch nicht in Gefahr sei, *seinen auch sonst deutlich erkennbaren Charakter als ausgesprochen männliche Universität einzubüßen*³³.

Die Zurückdrängung des Frauenanteils führte nur zu einer geringen Entspannung der Situation. Am schwierigsten war die Lage in den Naturwissenschaften, wo Studierende einen Laboratoriumsplatz benötigten, und in der Medizin, wo in den klinischen Semestern nur eine begrenzte Zahl an Plätzen zur Verfügung stand. Die Medizinische Fakultät der Universität Heidelberg schilderte 1919 in einem Schreiben an das Ministerium ein *Gejage von einer Vorlesung zur anderen* und den *Kampf um einen Platz* und beantragte, die Gesamtzahl der Studierenden zu beschränken und Kriegsteilnehmer bei der Neuimmatrikulation zu bevorzugen³⁴. Außerdem sollte die Vergabe von Platzkarten an Berechtigte dem Chaos Einhalt gebieten. Eine Beschränkung wurde daraufhin zwar nicht erlassen, tatsächlich sollten zum Sommersemester 1919 aber in Freiburg und Heidelberg Eintrittskarten an berechtigte Studierende ausgegeben werden.

Die entscheidende Frage in dieser Zeit lautete: Wer ist zu bevorzugen? Die Kriegsteilnehmerverbände hatten hierzu einen Fragebogen entwickelt, der unter anderem eine Unterscheidung von Front- und Hilfsdienst vornahm. Ein Punktesystem sollte dann für Gerechtigkeit sorgen. Kriegsgefangene wurden bei der Punktevergabe bevorzugt. Das Unterscheidungskriterium „Geschlecht“ wird im Kontext dieses Verfahrens indirekt wirksam, musste es Frauen doch ganz offensichtlich schwer fallen, hierbei ausreichend Punkte zu sammeln³⁵. In Baden signalisierte die Universität Heidelberg, den Fragebogen anwenden zu wollen, die Universität Freiburg lehnte hingegen ab.

In der Folgezeit gelang es, die Studentenzahlen langsam zu reduzieren. Von einer Entspannung konnte jedoch keine Rede sein. In Baden und Württemberg wurde trotz des Einsatzes der Studentenschaft ein erneutes Zwischensemester im Herbst 1919 bzw. Frühjahr 1920 abgelehnt³⁶. Nur die Medizinische Fakultät Freiburg ermöglichte für die in den klinischen Semestern befindlichen Studierenden ein Zwi-

³² Carl SARTORIUS, Jahresbericht, in: Reden anlässlich der Rektoratsübergabe am 30. April 1921, Tübingen 1921, S. 1–11, hier S. 9.

³³ Adalbert WAHL, Jahresbericht, in: Reden anlässlich der Rektoratsübergabe am 29. April 1922, Tübingen 1922, S. 1–10, hier S. 7.

³⁴ GLAK 235/4628, Schreiben der Medizinischen Fakultät Heidelberg vom 26. März 1919.

³⁵ Ebd. 235/4866, Fragebogen der Kriegsteilnehmerverbände.

³⁶ Ebd. (Freiburg und Heidelberg); UAT 47/39 Sitzungsprotokoll des Großen Senats 11. Dezember 1919; UAH B-8001, Schreiben des Rektors vom 14. Juni 1919.

schensemester im Februar und März 1920³⁷. Dieses stand auch für die Heidelberger Studierenden offen. Bis in die Mitte der 1920er Jahre erreichten die Zahlen der Studierenden in etwa das Niveau wie vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Daran hatte sicherlich auch die Wirtschaftskrise einen gehörigen Anteil, wie sich insbesondere an den Studierendenzahlen zwischen den Wintersemestern 1922/23 und 1924/25 ablesen lässt.

Knappheit an Wohnungen und Lebensmitteln

Neben der Überfüllungskrise sorgte insbesondere die Wirtschaftskrise für eine deutliche Verschlechterung der studentischen Lebensverhältnisse. Eine Knappheit an Wohnungen und Lebensmitteln, aber auch die Universitätsgebühren, die mit zunehmender Inflation von vielen Betroffenen kaum mehr bezahlt werden konnten, führten zu einer Notlage der Studierenden. Verstärkt wurde diese materielle Not durch die zunehmende Demokratisierung des Hochschulzugangs. So stammten nach dem Ersten Weltkrieg durchschnittlich deutlich mehr Studenten aus niedrigeren sozialen Schichten, insbesondere aus dem mittleren und unteren Beamtentum. Ein Blick auf die preußischen Universitäten, wo sich das beste statistische Material findet, zeigt, dass die stärksten Zuwächse außerdem bei den Söhnen der Angestellten und Arbeiter, aber auch bei den Freien Berufen festzustellen sind³⁸. Der Studentensekretär im Heidelberger Studentenausschuss, Johann Mitgau, beschrieb 1920 die wirtschaftliche Lage der Studenten in einem Bericht an das Rektorat und in einem Zeitungsartikel. Neben dem zunehmenden Niedergang der deutschen Wirtschaft und der damit verbundenen Teuerung führte er die Folgen des Krieges und der Revolution an³⁹. Bezüglich der sozialen Herkunft schrieb er zudem: *Ihre wirtschaftliche Notlage steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Gesamtlage Deutschlands. [...] Ein Blick in die Zusammensetzung der deutschen Studentenschaft läßt dies ohne weiteres verstehen. Der Mittelstand, Kreise der Festangestellten, des Kaufmannsstandes, vor allem die Familien der Beamten, Lehrer, Geistlichen, Ärzte usw. stellen in ihrer Nachkommenschaft den Hauptteil der deutschen Studentenschaft. Gerade der Mittelstand hat unter den Folgen des Krieges am meisten zu leiden. Seine Einkommensverhältnisse und Lebenshaltung haben sich gegenüber der allgemeinen Teuerung derart verschlechtert,*

³⁷ Ebd., Ministerium an den Senat der Universität Freiburg (Abschrift), 9. Januar 1920; UAF B3 Nr. 46, Maßnahmen für Kriegsteilnehmer.

³⁸ Vgl. Hartmut TITZE, Das Hochschulstudium in Preußen und Deutschland 1820–1944 (Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 1,1), Göttingen 1987, S. 238 f.

³⁹ UAH B-9070/1, Bericht des Studenten Mitgau an das Rektorat der Universität Heidelberg vom 27. Juli 1920.

*daß er nicht mehr ausreichende Mittel aufbringen kann, seine Söhne wie früher studieren zu lassen*⁴⁰.

Zur selben Zeit begann auch eine Erhebung des Heidelberger Allgemeinen Studentenausschusses über die soziale und wirtschaftliche Lage der Heidelberger Studenten und Studentinnen. Die Ergebnisse der Befragung sollten Grundlage einer genossenschaftlichen Selbsthilfe sein⁴¹.

Die Not der Studierenden hatte zur Folge, dass allerorts die soziale Fürsorge beträchtlich ausgebaut wurde. Die Reichshauptkasse in Berlin stellte den Universitäten Gelder für den Zweck studentischer Wirtschaftshilfen zur Verfügung⁴². Die 1921 von der Deutschen Studentenschaft in enger Verbindung mit Kreisen der Bankenwelt und des Wirtschaftslebens gegründete „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft“ sollte die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten lindern. Sie war gemäß der Satzung in politischer und konfessioneller Beziehung neutral und hatte die Aufgabe, Zentralorganisation für etwa 50 lokale Wirtschaftskörper zu sein. Die Spenden und Stiftungen, die der Verein erhielt, wurden entsprechend der Frequenz der Hochschulen auf die lokalen Untergruppen verteilt⁴³. Ein anderes bedeutendes Instrument in den Universitätsstädten waren die Studentenhilfen, gemeinnützige Vereine, die gegründet worden waren, um die Notlage der Studierenden zu lindern⁴⁴. In der Satzung der Freiburger Studentenhilfe wird die umfassende Aufgabe dieser Vereine deutlich: *Zweck des Vereins ist, alle in das Gebiet der studentischen Wohlfahrtspflege fallenden Bestrebungen zu fördern und alle hierfür dienlichen Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten*⁴⁵.

In Tübingen errichtete die Studentenhilfe 1920 zwei Wohnheime und eine Mensa⁴⁶. Auch in Heidelberg war die Einrichtung der Mensa im Marstall das Ergebnis der Arbeit der örtlichen Studentenhilfe; der Versuch, ein Studentenwohnheim zu errichten, scheiterte hier zunächst jedoch aus verschiedenen Gründen und hatte erst 1925 Erfolg⁴⁷.

Ein Bericht der Tübinger Studentenhilfe aus dem Jahr 1922 zeigt auf, wie günstig das Essen in der Mensa gegenüber der Verköstigung in Gasthöfen war. Mit einem durchschnittlichen Mittagessen für 12 Mark im August 1922 kostete der Mensabe-

⁴⁰ Johann MITGAU, Die wirtschaftliche Notlage der Heidelberger Studentenschaft, in: Heidelberger Tageblatt vom 14. Juli 1920.

⁴¹ UAH B-9070/1, Erhebung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Heidelberg über die soziale und wirtschaftliche Lage sowie über die Wohnungsverhältnisse der Studierenden, 1919/20.

⁴² Ebd. B-9100/2, Wohlfahrtseinrichtungen für die Studentenschaft 1922–1934.

⁴³ Ebd., Schreiben des Vereins Studentenhilfe Heidelberg e. V. vom 14. November 1924.

⁴⁴ Eine Übersicht aller Studentenhilfen findet sich in UAF B1 1819. An den südwestdeutschen Universitäten existierten die Freiburger Studentenhilfe e. V., der Verein Studentenhilfe Heidelberg e. V. und die Tübinger Studentenhilfe e. V.

⁴⁵ UAF B1 1819, Satzung des Vereins Freiburger Studentenhilfe e. V.

⁴⁶ Im Fotoalbum der Tübinger Studentenhilfe, UAT S 33/4, finden sich Fotografien zahlreicher Einrichtungen der Studentenhilfe aus den 1920er Jahren.

⁴⁷ UAH, RA 5030, Steuerliche Behandlung von Stiftungen, 1860–1926.

such nur etwa ein Viertel im Vergleich mit den anderen Mittagstischen (45 Mark). Darüber hinaus organisierten die Studentenhilfen auch Unterstützung in anderen Lebenslagen. Sie versorgten ihre Klientel beispielsweise mit verbilligten Büchern und Wohnungen, verkauften Lebensmittel zu günstigen Preisen und vermittelten Brennholz. Darüber hinaus war die Vermittlung von Arbeit eine weitere bedeutende Aufgabe. Dies ist insofern wichtig, als dass der neue Typus des arbeitenden Studenten, der Werkstudent, der seinen Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch zusätzliche Arbeit verdienen musste, plötzlich allorts zu finden war und zu einer Massenerscheinung avancierte. Um überhaupt ein größeres Angebot zu schaffen, gründeten die Studentenhilfen eigene Werkstätten. In Tübingen wurden beispielsweise eine Buchbindewerkstatt und eine Wäscherei eingerichtet. Die einzelnen Tätigkeitsbereiche der Studentenhilfen finden ihren Niederschlag im „Erlanger Programm“ auf dem 4. Deutschen Studententag im Juli 1921. Die Vorstellung einer Werkgemeinschaft zur Sicherung des Lebensunterhalts der Studentenschaft als ein Wirtschaftskörper, die Wirtschaftshilfe für bedürftige Studenten als Hilfe zur Selbsthilfe und schließlich die Entwicklung des Werkstudententums im Zusammenhang mit einer Abkoppelung des Universitätszugangs vom Vermögensstand des Vaters waren drei zentrale Aspekte der Studentenhilfen⁴⁸. 1923 arbeitete fast die Hälfte aller deutschen Studenten während des Semesters⁴⁹.

In Freiburg gliederte sich die Studentenhilfe⁵⁰ nach ihren Aufgaben zunächst in vier, später in sechs Abteilungen:

1. Bücheramt: Ankauf und Verkauf antiquarischer Bücher; Verkauf neuer, ermäßigter Bücher (25 % Nachlass); kostenlose Leihbücherei,
1. Wirtschaftsamt: Verkauf verbilligter Kleidung, Lehrmittel und Brennstoffe,
2. Fürsorgeamt: Vermittlung ermäßigter Mittagstische und Freitische in der Mensa; Verkauf ermäßigter Theater- und Konzertkarten; Auskunftsstelle für Versicherungen; Vermittlung von Land- und Seeaufenthalten für erholungsbedürftige unbemittelte Studierende; Auskünfte zu Stipendien, Honorarerlass und Unterstützungsfonds; Bezugsstelle für verbilligte Tageszeitungen,
3. Werbeamt: Werbung bei Einzelpersonen, Industrie und Landwirtschaft, Regierung und Behörden; Unterstützung des Arbeitsvermittlungsamtes der Studentenschaft; Aufklärung aller Volkskreise über die Lage der deutschen Studentenschaft,
4. Mensa academica: Durchführung einer geregelten Studentenspeisung; Lebensmittelbeschaffung für den Küchenbetrieb,

⁴⁸ Das Erlanger Programm von 1921, verabschiedet auf dem 4. Deutschen Studententag, 1.–4. Juli 1921 in Erlangen, Deutsches Studentenwerk 1921–2001, URL: http://www.gesundheitsfoerdernde-hochschulen.de/O5_Materialien_Links/Inhalte/O5_Materialien_Links/Literatur/10776–2002.pdf, S. 59–63 (letzter Zugriff am 31.03.2018).

⁴⁹ Vgl. H. LOSCH/J. GRIESMEIER, *Das Werkstudententum in Deutschland*, in: *Deutsche Hochschulstatistik, Sommerhalbjahr 1929*, Berlin 1929, S. XVI–XXVII.

⁵⁰ UAF B1 1819, Die Studentenschaft der Universität Freiburg.

5. Werkstätten: Verwaltung der studentischen Schreibstube, der Gärtnerei, Wäscherei und Flickstube; Anstellung über das Erwerbsvermittlungsamt der Studentenschaft.

Erst nachdem sich die Wirtschaft in der Folge erholte, sanken diese Zahlen wieder deutlich. Wohnungsnot, Lebensmittelknappheit, aber auch Krankheiten infolge von Unterernährung erreichten bis 1923 ihren Höhepunkt.

Schlussbemerkung

In wissenschaftlichen Untersuchungen, die die politische Einstellung Universitätsangehöriger zum Gegenstand haben, wird eine Distanz der Universitäten, Professoren und Studierenden zur Weimarer Republik deutlich. Das Bildungsbürgertum sah seinen gesellschaftlichen Status bedroht und befürchtete eine voranschreitende Enteignung. Diese Befürchtungen, aufgeladen mit der Angst vor zunehmender Konkurrenz und schlechten Berufschancen, boten nun mit steigender Not und Unzufriedenheit einen Nährboden für die Dolchstoßlegende. Der Ärger über den Verlust, den man nach dem verlorenen Krieg empfand, wurde auf die Republik projiziert. Die Republik hätte demnach das Kaiserreich verraten, nach dem man sich sehnte und in dem die Universitäten eine herausragende Stellung eingenommen hätten. Der Versuch, die alten Werte wiederzugewinnen, führte in weiten Teilen der Studentenschaft zu einem verstärkten Nationalismus und Antisemitismus und einer zunehmenden Rückbesinnung auf die polaren Geschlechterrollen. Zum Wohle des Volkes sollte die Frau wieder ihre naturgemäße Rolle als Mutter und Hausfrau einnehmen⁵¹.

Studieren in Zeiten des Umbruchs bedeutete überfüllte Kurse und Laboratorien, Wohnungsmangel und für weite Teile der Studierenden wirtschaftliche Not. Die ungünstigen Studienbedingungen hatten in der Folge auch Auswirkungen auf die Berufschancen und den Broterwerb. Es gab eine zunehmende Konkurrenz, und diese kam nun auch von Frauen. Der Anspruch auf Gleichberechtigung gemäß der neuen Verfassung und die gleichzeitig die Studentinnen diskriminierende Hochschulpolitik standen sich somit in der jungen Republik konträr gegenüber.

⁵¹ Zur Einstellung der Studenten und Burschenschaften zur Weimarer Republik siehe u. a.: Helma BRUNCK, *Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, Diss. München 1999; Wolfgang KREUTZBERGER, *Studenten und Politik 1918–1933. Der Fall Freiburg im Breisgau*, Göttingen 1972; Arne LANKENAU, „Dunkel die Zukunft – Hell der Mut!“ *Die Heidelberger Studentenverbindungen in der Weimarer Republik 1918–1929* (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, Bd. 18), Heidelberg 2008.